

Immer der Entwicklung hinterher

Konferenz des BKM vom 9. bis 11. Mai 2007 in Leipzig

Es ist eine Tradition, dass in dem Land, das gerade die halbjährige EU-Präsidentschaft innehat, eine medienpolitische Expertenkonferenz abgehalten wird. Zumindest berichten Teilnehmer der Tagung „Mehr Vertrauen in Inhalte – Das Potential von Ko- und Selbstregulierung in den digitalen Medien“, die vom 9. bis 11. Mai 2007 in Leipzig stattfand, von ganz ähnlichen Veranstaltungen etwa in Liverpool während der englischen Ratspräsidentschaft. Zur Leipziger Konferenz hatte der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) in Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission geladen.

EU 2007* DE



Empfang im Museum der bildenden Künste

Inhaltlich vorbereitet wurde die Tagung vom Hamburger Hans-Bredow-Institut. Der Aufwand – an Dolmetschern und Protokollanten oder an offiziell delegierten Experten aus allen Teilen der EU etwa – war jedenfalls enorm und das Ziel ambitioniert: „Ziel ist es, Vorschläge, möglichst praktikable Ansätze, zu erarbeiten, die zu Lösungen der aktuellen Fragen beitragen“, so die Moderatorin der allgemeinen Opening Session, Ingrid Scheithauer.

Die Chancen der Selbstregulierung in Europa

Das Thema, ganz unter dem Motto: „Mehr Vertrauen in Inhalte“, waren die Möglichkeiten der Selbstregulierung in Europa. In insgesamt vier Arbeitsgruppen, die sich mit kindgerechten Inhalten, vertrauenswürdigen Anbietern, aber auch mit bewährten Regulierungsansätzen und dem Potential der Ko-Regulierung – also der regulierten Selbstregulierung, wie sich der Begriff in Deutschland durchgesetzt hat – beschäftigten, wurde sich auf die Suche danach gemacht, wie Regulierung von Medien in Zeiten von Globalisierung und rasantem technischem Wandel noch wirken kann. Die Moderatoren der Arbeitsgruppen führten mit scharfem Regiment durch die Präsentationen der Experten aus den einzelnen Ländern. Für die angeblich so erwünschte Diskussion war in der Regel nicht wirklich genügend Zeit vorhanden, so dass der Output an wirklich neuen Ideen oder Lösungsvorschlägen wohl eher gering sein dürfte. In der Opening Session führte Staatsminister Bernd Neumann in die Thematik ein. „In der analogen Welt haben sich unsere Regulierungsansätze bewährt, so dass die Medienangebote [in Europa, Anm. d. Red.] konform mit unseren Grundwerten sind. Das sollten wir auch in der digitalen Welt nicht aufgeben.“ Gesellschaftlicher Wertekonsens und wirtschaftliche Interessen müssten in Balance gebracht werden. Mit der neuen Fernsehrichtlinie, die jetzt immerhin durch das Europäische Parlament sei und damit bald in dieser Form endgültig verabschiedet sein wird, sei jetzt die Grundlage „für neue Dienste mit einem enormen Wachstumspotential“ geschaffen.

Da Medien in Deutschland bekanntermaßen Ländersache sind, durfte natürlich auch der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kurt Beck in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Rundfunkkommission der Länder bei der Eröffnung nicht fehlen. Er betonte, dass Bund und Länder in der Medienpolitik mit einer Stimme sprechen würden. Die Verordnungen seien abgestimmt, so dass die Anwendung im Alltag gar nicht mehr so kompliziert sei, wie es auf den ersten Blick den Anschein habe. Doch man merkte: So recht war er bei dem Thema nicht bei der Sache.



Der anschließend auftretende CEO von AOL Europe, Dana Dunne, ging auf all diese politischen Forderungen gar nicht erst ein und beschränkte sich lieber darauf, das neue AOL zu präsentieren, dass nach 20 Jahren seine Position als Zugangsprovider aufgab und sich jetzt als reiner „global web service provider“ aufstellt. Allein in diesem Jahr sollen über 20 neue Angebote auf der AOL-Plattform eingeführt werden. Dunne machte klar, dass sich in diesem Wettbewerb Erfolg allein auf zwei Faktoren stützt: „Auf Reputation und Glaubwürdigkeit!



Der Harvard-Professor und gebürtige Österreicher Viktor Mayer-Schönberger zeichnete ein Bild der Zukunft, die Regulierung zunehmend überflüssig macht. Es sei nach Revolutionen, wie der Erfindung des Buchdrucks, immer Ziel der Mächtigen gewesen, die „Heterogenität“ (also, am ehesten das System der traditionellen Abhängigkeit) wieder herzustellen. Im Web 2.0 sei das nun endgültig vorbei: „Jeder baut sich aus bestehenden Elementen seine eigenen neuen Inhalte zusammen. Das ist es, was Web 2.0 bedeutet. In Zukunft wird es schwierig sein,



Er schweifte vielmehr auf das kommende große medienpolitische Thema in der EU ab – die Neuvergabe der Rundfunkfrequenzen. Beck sprach sich vehement gegen Versteigerungen aus. „Sonst haben die jeweiligen Länder keinen Einfluss mehr, die kulturellen Grundsatzentscheidungen durchzusetzen.“ Er sprach sich weiterhin dafür aus, die freien Zugangsregeln auch auf Plattformanbieter anzuwenden. Wie das wirtschaftlich gehen soll, das deutete er freilich nicht an. Genau so fehlte die Verbindung zum eigentlichen Thema der Expertenkonferenz, der (Ko-) Regulierung der Inhalte.

Denn Ihr Wettbewerber ist nur einen Klick entfernt.“ Er sprach es nicht explizit aus, doch seine Ausführungen legten es nahe: Der Markt reguliert sich selbst, so dass ein überbordendes staatliches Eingreifen gar nicht nötig ist – und zunehmend auch gar nicht mehr möglich sein wird, wie es der nächste Redner in seinem dramatisch inszenierten Vortrag ausführte.

Von links oben nach rechts unten:
Staatsminister Bernd Neumann, der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kurt Beck, Dana Dunne von AOL Europe und Prof. Dr. Victor Mayer-Schönberger

überhaupt zu definieren, was ein Medienunternehmen ist.“ Das Bild ist vielleicht doch etwas zu euphorisch. Ganz ähnlich waren die Argumente zu Beginn des Web 1.0-Hypes, und doch hat die Politik Wege gefunden, ihren Kontrollanspruch weiter durchzusetzen. Allerdings ist der Wettlauf jetzt in eine neue Runde getreten. Die neuen Runden werden in Zukunft wahrscheinlich in viel schnellerer Folge eingeläutet, so ein Kommentar aus dem Publikum. Bezeichnenderweise spielten diese provokanten Argumentationsansätze im weiteren Verlauf der Tagung überhaupt keine Rolle

mehr. Die gesellschaftlichen Werte, die Freiheit der Gesellschaft, müssen geschützt werden. Dazu bedarf es der staatlichen Wächterfunktion – das war der allgemein anerkannte Grundtenor bei allen Teilnehmern. „Kontrolle bedeutet Eingriff in die Freiheitsrechte, wobei wir sehr genau definieren und abwägen müssen“, fasste es der Präsident der Bayerischen Landeszentrale für Neue Medien, Wolf-Dieter Ring in einem Diskussionsbeitrag auf dem Plenum der Arbeitsgruppe 4 stellvertretend für einen Großteil der Teilnehmer zusammen. Aller-

Bleibt die Frage, ob die Gesellschaften in den anderen Ländern der Europäischen Gemeinschaft deshalb schlechter geschützt sind als in Deutschland. Auch die Antwort auf eine andere Frage steht noch aus: Bis die aktuell entwickelten Kontroll- und Schutzinstrumentarien eingeführt sind, entsprechen sie schon längst nicht mehr der kommerziellen und technischen Entwicklung. Daraus resultierende neue Lücken in der gesellschaftlichen Firewall müssen erst definiert und dann die passenden Kontrollinstrumentarien adaptiert und implemen-

Fazit

Das Fazit der Konferenz ist für den BKM jedenfalls ein positives und hebt besonders den Vorschlag hervor, Kindern eine Art „geschützten Raum“ für das Surfen im Internet zu schaffen – ein Vorschlag freilich, der schon im Vorfeld der Konferenz als Arbeitsthese durch den Vorsitzenden der Arbeitsgruppe 1 formuliert wurde und sich stark an der deutschen Initiative „Ein Netz für Kinder“ orientiert, das von dem BKM mit ins Leben gerufen wurde. Immerhin erntete die Initiative viel Lob von den Experten aus anderen europäischen Ländern. „Die deutsche Ratspräsidentschaft wird darüber hinaus die europaweiten Anstrengungen der Bildungspolitik im Bereich der Medienerziehung und der Vermittlung von Medienkompetenz insbesondere in Schulen verstärken“, so die Abschlussmitteilung des BKM, der zudem hervorhebt, dass die Experten der Konferenz begrüßten, dass das Instrument der Ko-Regulierung „insbesondere im Bereich des Jugendschutz“, in der neuen EG-Fernsehrichtlinie anerkannt wird. Der BKM regt nun an, dass die EU-Mitgliedstaaten Mindestvoraussetzungen für solche Ko-Regulierungssysteme formulieren, die dann auch auf neue Felder wie Gaming und mobile Angebote angewendet werden sollen. Es steht also ein langer Abstimmungsprozess bevor, während sich die neuen Angebote mit einer bislang nicht gekannten Dynamik weiter entwickeln. Brave New Media World!



tiert werden. Doch bis dahin wird das globale Dorf schon wieder neue Anforderungen stellen. Es gleicht dem Wettlauf zwischen Hase und Igel. Wir wissen alle, dass der Igel schummelt. Aber so einfach ist die Lösung hier freilich nicht. Wie also müssen Staat und Gesellschaft langfristig auf diese Herausforderung reagieren?

Wolf-Dieter Ring, Präsident
der Bayerischen Landeszentrale
für Neue Medien

Dieter Brockmeyer

dings stellte man fest, dass die Vertreter aus anderen Ländern einen viel lockeren Umgang mit dem Thema haben, als ihn die deutschen Vertreter oftmals an den Tag legten. „In Deutschland hat der Jugendschutz Verfassungsrang“, erläuterte Ring am Rande der Veranstaltung. „Das heißt, wir haben den Auftrag in unserer Verfassung, angemessene Instrumente zum Schutze der Jugend zu entwickeln und durchzusetzen. Von daher müssen wir ganz anders damit umgehen. Und das ist etwas, was unsere Partner in der EU nicht immer verstehen können.“

